

Thüringer STAATSANZEIGER

Nr. 3/2021

Montag, 18. Januar 2021

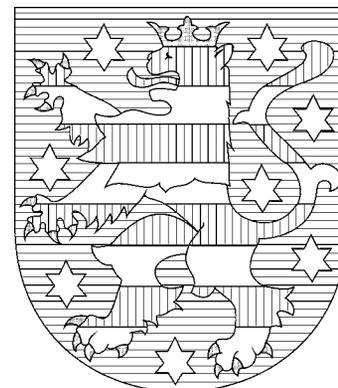
31. Jahrgang



Pressstatements des IMK-Vorsitzenden Georg Maier und seines Amtskollegen Boris Pistorius (links im Bild) während der Herbstinnenministerkonferenz



Die Herbstinnenministerkonferenz fand coronabedingt im kleinsten Teilnehmerkreis in Berlin statt
Fotos: TMIK/Henning Schacht



Thüringer Herbstinnenministerkonferenz zog von Weimar nach Berlin um

Die ursprünglich in Weimar geplante Herbstkonferenz der Innenministerin, Innenminister und -senatoren fand coronabedingt am 10./11. Dezember 2020 weitgehend digital in den Räumlichkeiten des Bundesinnenministeriums in Berlin statt. Der scheidende Vorsitzende der Konferenz, Thüringens Innenminister Georg Maier, führte das direkte Gespräch mit dem gebotenen Abstand mit seinen Amtskollegen Boris Pistorius aus Niedersachsen und Joachim Herrmann aus Bayern sowie mit dem quasi gastgebenden Bundes-Staatssekretär Hans-Georg Engelke in Vertretung für Bundesinnenminister Horst Seehofer. Die Ressortchefs der anderen Länder waren über Video zugeschaltet.

Zwei Tage haben sich die Innenministerin und ihre Kollegen mit über 45 Tagesordnungspunkten auseinandergesetzt und diskutiert. „Ich blicke auf eine inhaltlich sehr starke Konferenz zurück mit intensiven Beratungen und wegweisenden Beschlüssen“, resümiert Innenminister Georg Maier. Zentrale Themen waren die Bekämpfung des politischen Extremismus und des islamistischen Terrors, der Umgang mit Querdenkern, Verschwörungstheorien, Falschmeldungen und Desinformationskampagnen sowie der Abschiebestopp nach Syrien.

Umgang mit Querdenkern, Corona-Protesten und Verschwörungstheorien

Eines der Schwerpunktthemen war der Umgang mit der so genannten Querdenker-Bewegung. Thüringens Innenminister und IMK-Vorsitzender Georg Maier: „Das Thema hatte ich schon im Frühjahr auf die Tagesordnung der IMK in Erfurt gebracht und es hat nicht an Aktualität verloren. Ich teile die Sorge, dass sich aus bestimmten Verschwörungstheorien eine Radikalisierungstendenz hin zu einem neuen Extremismus entwickeln könnte.“ Die IMK betont schließlich, dass die Bekämpfung aller negativen Auswirkungen und möglichen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung – in Zeiten der Corona-Pandemie auch in Verbindung mit Verschwörungstheorien – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

(Fortsetzung letzte Seite)

(Fortsetzung von Titelseite)

„Die Querdenker-Bewegung steht am Scheideweg. Sie muss jetzt deutlich machen, dass sie sich konsequent und nachweisbar von demokratiefeindlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und deren Gedankengut distanziert“, so Maier.

Impfpriorisierung für Personal der Polizei, Feuerwehr und des Katastrophenschutzes

Kurzfristig hatte die IMK die von der Ständigen Impfkommision (STIKO) vorgesehene Impfereihenfolge für Polizistinnen und Polizisten beraten. Demnach sollten auch Polizeiangehörige, der Katastrophenschutz und andere Berufsgruppen, die für die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen wesentlich sind, mit der notwendigen Priorität innerhalb der Coronavirus-Impfverordnung eingeordnet werden.

Resilienz gegen verfassungsfeindliche Tendenzen in der Polizei stärken

Die Innenministerkonferenz steht fest an der Seite ihrer Polizistinnen und Polizisten. Die Polizei ist wesentliche Stütze des Rechtsstaates. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus haben im öffentlichen Dienst keinen Platz. Hier gilt Null Toleranz. „Wir verurteilen die zuletzt bekannt gewordenen Fälle, in denen sich Polizistinnen und Polizisten verfassungs- und menschenfeindlich verhalten haben. Ein solches Fehlverhalten beschädigt das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die hervorragende Arbeit der Polizei“, sagt Innenminister Georg Maier. Die Innenministerkonferenz ist sich einig darin, dass jeder Fall von Extremismus innerhalb der Polizei sehr ernst genommen und in aller Konsequenz verfolgt werden muss. Im Rahmen einer unabhängigen Studie soll unter Einbindung der Gewerkschaften auch der Arbeitsalltag und damit einhergehende Erfahrungen untersucht werden. Eigene Forschungsvorhaben der Länder in diesem Kontext werden in Anerkennung der Bedeutung unterschiedlicher wissenschaftlicher Herangehensweisen und Schwerpunkte ausdrücklich begrüßt. Das BMI hatte bereits am 7. Dezember 2020 die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) mit der Durchführung einer unabhängigen Polizeistudie beauftragt. Die IMK begrüßt die Möglichkeit einer Beteiligung der Länder an der Durchführung der Studie der DHPol. Sie werden dafür Sorge tragen, dass die

DHPol, wo dies tatsächlich und rechtlich möglich ist, die nötige Unterstützung erfährt, um die Studie auf eine möglichst breite Datengrundlage zu stellen.

Aufdeckung von Finanzströmen rechtsextremer Organisationen und Akteure

Die Aufklärung der Einnahmequellen des nationalen und internationalen Rechtsextremismus steht bereits im Fokus der Sicherheitsbehörden. Gleichwohl sieht die IMK den Bedarf, die Aufklärungsdichte hinsichtlich der Strukturen und Verflechtungen des national und transnational vernetzten Rechtsextremismus hinsichtlich der Einnahmequellen, Finanzströme und Transaktionen noch weiter zu verbessern. „Das war für mich Anlass, das Thema auf die Agenda der Konferenz zu heben“, erklärt Maier. „Dabei geht es um Einnahmen aus Rechtsrockkonzerten, Kampfsportveranstaltungen, Handel und Vertrieb im rechtsextremistischen Spektrum, aber auch Gelderwerb infolge krimineller Handlungen und Verbindungen zur Organisierten Kriminalität. Die Einnahmequellen rechtsextremer, gewaltorientierter Organisationen und Akteure in Deutschland sind mannigfaltig. Hier müssen wir den Hebel ansetzen“, betont der Vorsitzende.

NO STALK App des Weißen Rings

Die IMK nahm die Aktivierung der App im Rahmen des Ministergesprächs zum Gegenstand der Beratungen. Mit der App kann das Stal-

king-Verhalten dokumentiert werden, was die Strafverfolgungsbehörden unterstützen und bei Gericht die Beweisführung untersetzen kann. „Damit wird der Opferschutz wirksam verbessert, was ich uneingeschränkt begrüße“, so Maier.

Am 17. Januar 2020 hatte Thüringens Minister für Inneres und Kommunales, Georg Maier, den symbolischen Staffelstab des Vorsitzlandes von seinem Amtsvorgänger, dem damaligen Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Hans-Joachim Grote, übernommen. Aufgabe der Konferenz ist es, sich zu Fragen der Innen- und Sicherheitspolitik auf gemeinsame Regeln und Grundlagen zu einigen, die alle Länder in eigener Verantwortung umsetzen. Gemeinsam mit dem Bundesinnenminister, der als ständiger Gast an den Sitzungen teilnimmt, suchen die Innenministerin, Innenminister und Innensenatoren nach Optionen, die sowohl die Souveränität der Länder erfüllen als auch übergreifende Interessen berücksichtigen. Die IMK tagt zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich zwei Mal im Jahr. Die Frühjahrskonferenz fand vom 17. bis 19. Juni in Erfurt statt. Zum 1. Januar 2021 ist der Vorsitz der Innenministerkonferenz turnusmäßig an Baden-Württemberg übergegangen.

Mehr zu den Ergebnissen und Videos der Innenministerkonferenzen in Erfurt und Berlin finden Sie hier: <https://innen.thueringen.de/imk-2020/>



Gruppenfoto der Innenministerin und Innenminister und -senatoren während der Frühjahrskonferenz in Erfurt
Foto: TMIK/Steve Bauerschmidt



IMK-Chef Georg Maier leitet die Beratungen in Berlin
Foto: TMIK/Henning Schacht